

## INTERGLOBAL

ZIMBABWE

# Der Ritter und die Höflinge

Jörn Schulz

**Aus eigener Kraft kann die zimbabwische Opposition Mugabe nicht stürzen. Mittlerweile drängen jedoch die afrikanischen Staaten den Autokraten zu einem Kompromiss.**

Wirklich erfreuen konnte Nicolae Ceaucescu sich nicht am Weihnachtsfest. Am 24. Dezember 1989 entzog ihm Königin Elizabeth II. die Ritterwürde, am folgenden Tag trat der gestürzte rumänische Diktator vor ein Exekutionskommando. Doch so schnell geht es nicht immer. Am Mittwoch der vergangenen Woche wurde dem zimbabwischen Autokraten Robert Mugabe das Privileg entzogen, sich Knight Grand Cross in the Order of Bath nennen zu dürfen. Zwei Tage später ließ sich Mugabe in einer Wahl ohne Gegenkandidaten als Präsident bestätigen.

Es gibt jedoch eine Reihe von Parallelen zwischen Mugabe und Ceaucescu. Mugabe die Ritterwürde zu entziehen, sei „ein Zeichen des Abscheus über die Menschenrechtsverletzungen und die verächtliche Geringschätzung des demokratischen Prozesses“, teilte das britische Außenministerium mit. Im Jahr 1994, als Mugabe die Ritterwürde verliehen wurde, hatte Ihre Majestät wohl schon vergessen, dass dessen Truppen zwischen 1982 und 1987 im Matabeleland mindestens 10.000 Zivilisten massakriert hatten. Die Wahlen manipulierte Mugabe damals ebenso dreist wie heute.

Ceaucescu profitierte von seiner Außenpolitik, die zuweilen we-

nig Rücksicht auf die Interessen der UdSSR nahm. Diese ritterliche Haltung galt es zu würdigen, mochte auch das Regime selbst nach realsozialistischen Maßstäben extrem repressiv sein. Doch Ceaucescu wollte um jeden Preis sämtliche Auslandsschulden Rumäniens tilgen. Die Wirtschaft kollabierte, die Bevölkerung rebellierte, vor allem aber wandte sich der Staatsapparat gegen Ceaucescu und entledigte sich des Diktators.

Ein ähnliches Schicksal könnte auch Mugabe bevorstehen, dessen allein auf den Machterhalt ausgerichtete Wirtschaftspolitik dem Land eine Inflationsrate von mindestens 100.000 Prozent bescherte. Da er selbst bei seinen Feinden wegen seiner führenden Rolle im Kampf gegen das weiße Siedlerregime einen gewissen Respekt genießt, wird ihm das Exekutionskommando wohl erspart bleiben.

Mugabe wird, auch dies ist eine Parallele zu Ceaucescu, häufig für einen Linken gehalten. Doch er hatte die Ritterwürde verdient. Seine Kompromissbereitschaft beim Übergang zur Unabhängigkeit sicherte ihm den Respekt des britischen Establishments. Mugabe machte 1980 im Lancaster House Agreement weit reichende Zugeständnisse, unter anderem sagte er zu, die weißen Großgrundbesitzer nicht zu enteignen. Als es in den Jahren nach der Unabhängigkeit zu spontanen Landbesetzungen kam, ließ Mugabe die Besetzer durch die Polizei vertreiben.

Die politische Krise, deren vorläufiger Höhepunkt die Scheinwahl

der vergangenen Woche war, begann vor acht Jahren. In einem Referendum lehnten 55 Prozent der Bevölkerung die von Mugabe gewünschten Verfassungsänderungen ab, ein Hinweis darauf, dass das Regime die Gefolgschaft der Mehrheit verloren hatte, und ein erster Erfolg für das nur ein Jahr zuvor gegründete oppositionelle Bündnis Movement for Democratic Change (MDC). Nun begann die Enteignungskampagne gegen weiße Farmer, getragen von der Assoziation der Kriegsveteranen.

Mugabe wollte gleich mehrere Probleme lösen. Eine Kampagne der Veteranen des Befreiungskampfes gegen die weißen Großgrundbesitzer und ihre Unterstützer in Großbritannien sollte nationalistische Ressentiments schüren und die Opposition schwächen. Vor allem aber bedurfte Mugabe dringend neuer Ressourcen, die er unter seinen Anhängern verteilen konnte. Die beschaffte er sich durch die Enteignung von 95 Prozent der weißen Farmer.

Eine Landreform war längst überfällig, nicht nur aus politischen und sozialen Gründen. Jene 4.000 überwiegend weißen Familien, die 70 Prozent des fruchtbaren Landes besaßen, waren ein Hindernis bei der wirtschaftlichen Modernisierung. Denn sie stützten sich auf Landarbeiter, deren Löhne so niedrig waren, dass intensive Bewirtschaftung und Mechanisierung sich nicht auszahlten. Der Übergang zu bäuerlichen Einzelbetrieben oder Genossenschaften, die Zugang zu Krediten für eine Moderni-

sierung ihrer Produktion haben, hätte Zimbabwe zu einem ökonomischen Aufschwung verhelfen können.

Großbritannien hatte im Lancaster House Agreement zugesagt, wenigstens einen Teil des für Landkäufe von den Großgrundbesitzern benötigten Geldes bereit zu stellen, dieses Versprechen jedoch gebrochen. Das für die Modernisierung der Landwirtschaft nötige Kapital fehlt auch anderen afrikanischen Staaten. Dort aber gibt es wenigstens Subsistenzbauern, die für den eigenen Bedarf produzieren und geringe Überschüsse verkaufen.

**Die Helfer, die für Mugabe gemordet und betrogen haben, sind wahrscheinlich ein größeres Problem als der Präsident selbst.**

Die Landarbeiter gingen bei der Verteilung leer aus, in zahlreichen Fällen wurden die Farmen Höflingen Mugabes übereignet. Dabei scheint der Autokrat hin und wieder den Überblick zu verlieren. So übertrug ein Dekret des Präsidenten im April die Farm Daskop dem Richter Chinembiri Bhunu, sehr zum Unwillen Professor Lovemore Gwanuzuras, der diese Farm gerade von David Mangota, Sekretär im Justizministerium und Großgrundbesitzer seit Juli 2002, übernommen hatte. Mangota wurde mit einer grö-



FOTO: SOKWANELE/ ZIMBABWE

Freie und faire Wahlen - nur heiße Luft? Protestaktion südafrikanischer Aktivisten in Beitbridge an der Grenze zu Zimbabwe. Robert „Bob“ Mugabe hielt zur gleichen Zeit nur wenige Kilometer entfernt eine Wahlkampfkundgebung ab.

ßeren Farm bedacht, doch Gwanzura beklagte Mitte Juni vor Gericht, Bhu-nu habe seine Farm für „besondere Dienste“ erhalten. Der Richter hatte geholfen, den in Ungnade gefallenem Generalstaatsanwalt abzusetzen.

Ein solches Recycling der Höflinge ist der landwirtschaftlichen Produktivität nicht zuträglich, der Ernteertrag sank den Berechnungen Tony Hawkins von der University of Zimbabwe zufolge zwischen 2000 und 2007 um 51 Prozent. Dieser Rückgang führte zur Krise auch der anderen Wirtschaftssektoren, das Brutto-sozialprodukt fiel um 40 Prozent, die im afrikanischen Vergleich überdurchschnittlich gute Infrastruktur verfällt. Die Lebenserwartung sank auf 43,5 Jahre.

Die Verelendung diskreditiert Mugabe, doch sie schwächt auch die Opposition. Denn die meisten Menschen sind vollauf damit beschäftigt, ihr Überleben zu sichern, überdies ist die wohl wichtigste Kampfform, der Streik, praktisch wirkungslos geworden. Derzeit liegt die Arbeitslosenrate über 80 Prozent, wo kaum noch etwas produziert wird, kann ein Streik keinen ökonomischen Druck ausüben.

Der MDC ist ein heterogenes Bündnis verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Ihr Vorsitzender Morgan Tsvangirai ist ein ehemaliger Gewerkschaftsführer, sie repräsentiert die meisten Angehörigen der schmalen und verarmten Mittelschicht, doch auch Unternehmer und Großgrundbesitzer haben sich der Oppositionspartei angeschlossen, die in den vergangenen Jahren große Teile der

Landbevölkerung integrieren konnte. Doch obwohl die Opposition, deren Sieg bei den Parlamentswahlen im März sogar das Regime eingestand, die Mehrheit der Zimbabweer vertritt, hat sie bislang keine Strategie gefunden, um Mugabe zu entmachten. Dass Tsvangirai am 22. Juni seine Teilnahme an der Stichwahl gegen Mugabe absagte, kam einem Eingeständnis gleich, das Regime nicht aus eigener Kraft stürzen zu können.

In den Wochen zuvor hatte eine zentral organisierte Kampagne die Oppositionellen terrorisiert. Mugabes Schlägertrupps töteten mehr als 100 Menschen, unzählige andere wurden geschlagen, gefoltert oder vergewaltigt. Militanten Widerstand will die MDC nicht organisieren, zu groß erscheint die Übermacht der militärischen und paramilitärischen Verbände, und Mugabe bewies ja bereits in den Achtzigerjahren, dass er zu einem noch weit brutaleren Vorgehen bereit ist.

Stattdessen appelliert Tsvangirai an die „internationale Gemeinschaft“. In der vergangenen Woche forderte er in einem Kommentar für die britische Zeitung Guardian von der Uno die Entsendung einer „Streitmacht zum Schutz der Bevölkerung“ und des „demokratischen Prozesses“. Abgesehen davon, dass die Lebenserwartung in Afghanistan ungeachtet des angeblich erfolgreichen Wiederaufbaus nur drei Monate höher ist als im Reich Mugabes und es auch um den „demokratischen Prozess“ nicht gut bestellt ist, gibt es keine Anzeichen dafür, dass die westlichen oder afrikanischen

Staaten eine Militärintervention beabsichtigen.

Doch Tsvangirai geht es wohl vor allem um stärkere internationale, insbesondere afrikanische Unterstützung. Bislang hat sich vor allem die afrikanische Gewerkschaftsbewegung mit der Opposition in Zimbabwe solidarisiert. Die Regierungen hingegen kritisierten Mugabe allenfalls sehr dezent. Doch in der Afrikanischen Union (AU) hat das Prinzip der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ keine absolute Gültigkeit mehr. Die Auswirkungen einer Krise auf die Nachbarstaaten sind zu groß, um sie ignorieren zu können. Ein ökonomischer Zusammenbruch oder ein Bürgerkrieg in Zimbabwe hätten katastrophale Folgen für das südliche Afrika.

Beim Gipfeltreffen der AU in Ägypten in dieser Woche versuchten die afrikanischen Staatschefs, Mugabe zu einer Koalitionsregierung mit dem MDC und Reformen zu drängen. Der senegalesische Präsident Abdoulaye Wade berichtete im französischen Radiosender RFI jedoch, Mugabe habe sich in Gesprächen „uneinsichtig“ gezeigt. Mugabe sei derzeit nicht in der Verfassung, eine Machtteilung mit Tsvangirai zu akzeptieren. Allerdings wächst in seiner Partei Zanu-PF und unter seinen Klienten die Unzufriedenheit, schließlich entwertet die Inflation auch Beute und Pfründe. Denkbar wäre eine Verfassungsänderung, die dem Präsidenten nur zeremonielle Funktionen belässt, während MDC und reformbereite Ka-

der der Zanu-PF eine neue politische Ordnung erarbeiten.

Das wäre keine ideale Lösung, so könnte jedoch der Terror beendet werden. Doch die extreme Politisierung der Wirtschaft hat die Gesellschaft polarisiert. Je nach ihrer Stellung erhalten Mugabes Klienten Großgrundbesitz, ein Auto oder auch nur jenen Sack Mais, der ihre Familie sättigt, während die Nachbarn hungern. Die Helfer, die für Mugabe gemordet und betrogen haben, sind wahrscheinlich ein größeres Problem als der Präsident selbst.

Nur Gott könne ihn abberufen, sagt der 84-Jährige. Gott lässt sich Zeit, doch ahnt wohl auch Mugabe, dass er nicht unsterblich ist, und zweifellos möchte er als Befreiungskämpfer an der Seite Nelson Mandelas in die Geschichte eingehen und nicht als ein von seinen afrikanischen Kollegen verachteter Despot. Sogar Ritter könnte er noch einmal werden, denn die entzogene Ehrung kann erneut gewährt werden, wenn Mugabe sich zu einem Kompromiss bequemt.

Jörn Schulz ist Redakteur der in Berlin erscheinenden Wochenzeitung Jungle World.